

Begleiterscheinungen der Zuckerpreis- erhöhung.

Das Handelsministerium hat eine gute Presse: Die Zuckerpreis-erhöhung hat die bürgerlichen Zeitungen nicht aufgeregt. Noch auffälliger erscheint, daß die Begleitumstände in der Öffentlichkeit so wenig Beachtung gefunden haben. In den letzten Wochen ist wieder eine beunruhigende Zuckerknappheit eingetreten, genau so wie jedesmal früher, wenn eine Preisregulierung vor sich gehen sollte. Bevor die höheren Preise in Kraft treten, werden die Vorräte sichtlich zurückgehalten. Mit dieser Zurückhaltung wird eine doppelte Absicht verfolgt: Erstens sollen die Abnehmer fixiert gemacht werden — sind sie entsprechend ausgehungert, so wird ihnen der Preis gleichgültiger, wenn sie nur Ware überhaupt bekommen. Zweitens erwartet man, doch noch möglichst viel der alten Ware zum erhöhten Preis abzusetzen und so einen Extraprofit zu machen. Zwar trifft die Verordnung Vorkehrungen, indem sie vorschreibt, daß Zucker zu altem Preis in der Packung verschieden bezeichnet wird. Aber offenbar bieten diese Vorschriften den genügenden Schutz nicht. Es erweist sich als Fehler, daß die Zuckerzentrale ganz auf dem Kartell aufgebaut, daß das Kartell ihr durchführendes Organ ist. Wie sehr sich jene Organe der Staatsverwaltung, die in der Zentrale wirken, bemühen mögen, die ganzen Einzelheiten der Durchführung haben sie nicht in der Hand. Beweis dafür ist schon die Tatsache, daß jedesmal vor der Regulierung der Preise wie von selbst der Markt in einem Sinne reguliert wird, der den Absichten der Regierung in keinem Falle entsprechen kann. Diese Marktregulierung kann nur vorgenommen werden durch das Kartell, niemals ohne oder gegen dasselbe.

Es ist dieser nur einer von mehreren Fällen, in denen sich die Verknüpfung staatlicher Organe mit Produzentenorganisationen zu Wirtschaftszentralen bei uns nicht bewährt hat, obschon man anderwärts damit gute Erfahrungen gemacht hat. Man wird mit diesem Auskunftsmittel in Zukunft sparsamer sein und im besonderen die Zuckerzentrale bald ganz vom Kartell lösen müssen. Wer zur Mitverwaltung nicht genug Gemein Sinn aufbringt, darf sich nicht beklagen, wenn sie durch die reine hoheitliche Verwaltung des Staates ersetzt wird. Das Gemeinwesen kann sich nicht in einen Mechanismus versetzen lassen, der es zum Mitschuldigen privater Profitinteressen machen könnte.

Aus diesem Anlaß wird mit Fug die Anfrage an die Regierung zu stellen sein, wo denn die Freigabe des Saccharins verbleibt? Schon im Frieden war die Saccharinsperre schwer zu rechtfertigen, sie ist unbegreiflich und unerträglich in Kriegszeiten, wo die Rücksichten der Volksernährung allen anderen Gesichtspunkten voranziehen. Ein großer Teil unserer Obsterte, der durch Einsiedeln auf längere Jahreszeiten billig hätte gestreckt werden können, wird jetzt aufgezehrt, ein großer Teil wird wieder zum Vorrat der Bemittelten, die sich den teuren Zucker in genügender Menge beschaffen konnten, sowie der Spekulanten, die Obst mit teurem Zucker für die Wohlhabenden, für Restaurants und Cafés konservieren. Die Kriegswirtschaftspolitik, die da betrieben wird, erscheint alles eher als soziale und als Volksernährungspolitik. Wir wiederholen darum dringend die Forderung, daß das Saccharin freigegeben werde!